

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen  
Berthold Weiß  
Haller Str. 70  
73479 Ellwangen  
07961.925874  
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 11. Dezember 2014

- Es gilt das gesprochene Wort -

## **Haushalt 2015 der Stadt Ellwangen**

### **Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen**

#### **Nachhaltig in 2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hilsenbek,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei der Vorbereitung auf eine Haushaltsrede kommt man nicht umhin, sich das durchzulesen, was im vergangenen Jahr vorgetragen wurde. Mit Verblüffung stellt man dann fest, dass man die gleiche Rede mit leichten Abänderungen nochmals halten könnte – sie wäre nach wie vor aktuell:

So wiesen wir darauf hin, dass Konsolidierung kein Merkmal des Haushalts 2014 werden würde: Für 2015 ist Ähnliches zu vermeiden: Der Verwaltungshaushalt steigt nicht nur um eine knappe Mio, sondern um fast 4 Mio € auf die Rekordsumme von 51,7 Mio €. Diese Steigerung ist u.a. einer Erhöhung der Personalkostenansätze um eine knappe Mio € geschuldet. Und der Vermögenshaushalt, der im vergangenen Jahr eine Steigerung von knapp 12 Mio € erfuhr, klettert um weitere 6 Mio € auf 25,4 Mio €. Zusammen also eine Summe von 77 Mio, die der Haushalt finanzieren muss. Dafür ist eine Kreditaufnahme von 14,5 Mio € vorgesehen, die Steuereinnahmen belaufen sich auf ca. 30,7 Mio.

Darin enthalten ist die Gewerbesteuer mit 14,4 Mio €. Angesichts einer Gewerbesteuer in Höhe von 19 Mio €, welche die Stadt in 2014 voraussichtlich einnehmen wird, könnte man meinen, dass hier deutlich andere Ansätze in den Haushaltsplan gehören. Trotzdem tragen wir diesen Ansatz von 14,4 Mio mit. Zu unsicher ist die weltweite Situation, um noch höhere Steuereinnahmen fest einplanen zu können.

Und um es gleich vorne weg zu sagen: Unsere Fraktion wird der vorgeschlagenen Haushaltsplanung zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass wir uns grundsätzlich auf dem richtigen Weg befinden.

Und das hat nicht nur damit zu tun, dass einige unserer Anträge für den Haushalt 2014 in diesem Entwurf ihren Niederschlag finden. So wird die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Punkte jetzt von der Verwaltung vorgeschlagen. Ich kann Ihnen sagen: Sie kommen uns damit zuvor, weil wir den Antrag aus dem Vorjahr wiederholt hätten. Die Gründe, welche eine Erhöhung zwingend machen, hatten Sie, Frau Stadtkämmerin, in Ihrer Haushaltsrede bereits im Detail aufgeführt.

Mit ähnlichen Argumenten könnten Sie aber auch eine Erhöhung der Grundsteuer beantragen. Wir wollen das tun: Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir diesen Schritt nicht tun wollen, der unserem Haushalt nahezu 100.000 € im Jahr in die Kassen spült. Bereits im Vorjahr hatten wir als weiteres Argument – neben der Erhöhung eigener Einnahmen vor der Kreditaufnahme – vorgebracht, dass die Grundstückseigentümer in hohem Maße von den Investitionen der Stadt und den vergebenen Sanierungsmitteln profitieren. Wir **beantragen die Erhöhung der Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 395 Punkten.**

## 1. Investieren

Unsere Zustimmung begründen wir auch damit, dass die geplanten Investitionen in hohem Maße der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt geschuldet sind:

- Allein 4 Mio € fließen in 2015 in den Ausbau bzw. die Sanierung unserer Schulen.
- Der Neubau des Hariolf-Kindergartens wird mit 1 Mio € unterstützt.  
Meine Damen und Herren: Wir hätten uns gefreut, wenn die katholische Kirche bei diesem Vorhaben die Anstrengungen der Stadt zur Reduzierung der Energiekosten und auch zur Eindämmung des Klimawandels besser unterstützt und dieses Neubauvorhaben deutlicher unter dem energetischen Aspekt geplant hätte. Damit werden Chancen vertan, die sich in den nächsten 15 – 20 Jahren nicht mehr bieten. Andere öffentliche Bauherren (wie das Land Baden-Württemberg beim Erweiterungsbau der Hochschule Aalen) legen ganz andere Maßstäbe an: Hier werden die Vorgaben der EnEV bei weitem unterschritten – und nicht so eben eingehalten, wie bei diesem Vorhaben.
- Die Stadtsanierung Mitte wird mit dem Zusatz „2022“ und einem Betrag von 1,5 Mio € fortgesetzt. Wir sind uns sicher, dass wir damit weitere Investitionen Privater generieren. Zudem ist dies eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die unendliche Geschichte Woha-Areal doch zu einem Abschluss kommen wird.
- Wir investieren in die Infrastruktur unserer Ortschaften.  
Lieber Ortsvorsteher Müller, knapp 2 Mio € für die Generalsanierung der Sechtahalle (der Haushaltsplan spricht übrigens von einer 1. Rate) sind nicht nur ein angemessener Betrag für dieses fast rund um die Uhr ausgebuchte Gebäude, sondern auch eine Investition in die Zukunft einer gut funktionierenden Gemeinschaft mit herausragendem ehrenamtlichen Engagement.
- Der Löwenanteil bei den Investitionen mit über 6,3 Mio fließt in den Grunderwerb. Von diesen wiederum fließt der weitaus größte Teil in die Erweiterung des Ge-

werbegebietes Neunheim.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir GRÜNEN wissen, dass diese Erweiterung notwendig ist. Auch wir wollen unseren ansässigen Unternehmen die notwendigen Erweiterungsflächen zur Verfügung stellen. Die sehr ausdifferenzierte Gewerbe-Struktur hat unter anderem dafür gesorgt, dass bei der letzten durch den Finanzsektor ausgelösten Wirtschaftskrise keine bedenklichen Negativentwicklungen bei unseren Betrieben festgestellt wurden. Auch wir, die Stadt mit ihren Ortschaften, haben direkt davon profitiert und mussten nur geringfügige Weniger-Einnahmen bei der Gewerbesteuer verkraften.

Trotzdem müssen wir achtsam sein: Die Flächen sind nicht endlich. Und unsere Landwirte sind schon mehrmals auf uns zugekommen, um auf die steigenden Pachtpreise aufmerksam zu machen. Wir sollten diesen Druck, der insbesondere durch die Landgier der Biogas-Betreiber verursacht ist, nicht noch durch eine maßlose Expansion des Gewerbegebietes erhöhen. Wenn es um eine Erweiterung mit Maß und Ziel geht, sind wir an Ihrer Seite. Trotzdem sollten wir uns in naher Zukunft gemeinsam mit den Ortschaften Röhlingen und Rindelbach Gedanken machen, wie ggf. ein Endausbau des Gewerbegebietes aussehen könnte.

- 4,7 Mio € fließen in Grunderwerb im Rahmen der Konversion. Auch hier sind wir uns sicher, dass diese Ausgaben für eine Einflussnahme der Stadt auf die weitere Entwicklung der Konversionsflächen zwingend sind.

Ganz im Gegensatz zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FWE, sind wir nämlich nicht der Auffassung, dass mit Einrichtung der Landeserstaufnahmestelle (LEA) im nächsten Jahr der Konversionsprozess zum Erliegen kommt. Damit hat er für uns endlich begonnen und konkrete Formen angenommen. Zur Begriffsklärung: Unter „Konversion“ versteht man die Umnutzung von bislang anders verwendeten Flächen. Mit Einrichtung der LEA wird ein Teil des ehemaligen Kasernen-Geländes umgenutzt: Nämlich zur Unterbringung von Flüchtlingen durch das Land Baden-Württemberg. Und weitere Projekte sind bereits konkretisiert, auch wenn sie noch nicht umsetzungsreif sind: So z.B. die Einrichtung einer Hochschule, wenn auch als Standort einer bestehenden Hochschuleinrichtung aus Ostwürttemberg. Oder auch die Europäische Ausbildungs- und Transferakademie, für welche in 2015 im Rahmen des RegioWin-Wettbewerbs die Entscheidung fallen wird. Und dann müssen wir als Stadt handlungsfähig sein.

- Und selbstverständlich unterstützen wir die Beteiligung der Stadt am Windpark in Hinterlengenberg. Auf dem Weg zu einer 100 %-Stadt ist dieses Projekt ein Meilenstein, an welchem wir nicht nur durch unsere Tochter, die Stadtwerke, sondern auch direkt mitwirken müssen.

## **2. Haushalten**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Mit Einführung der Budgetierung bei den Schulen sind wir einen wichtigen Schritt in Richtung Eigenverantwortung auch bei der Umsetzung des Haushaltsplanes gegangen.

Natürlich wissen wir heute nicht, welche Auswirkungen dieser Paradigmenwechsel auf das Haushaltsergebnis haben wird. Für unsere Fraktion im Vordergrund steht aber etwas ganz anderes: Wir sind der festen Überzeugung, dass das Kollegium einer Schule besser als wir im Gremium weiß, welche Ausgaben im Lauf des Jahres notwendig sind, welche Aufgaben bewältigt werden müssen, welche Projekte z.B. im Bereich der Prävention finanziert werden müssen. Mit dieser strukturellen Änderung haben wir sehr weitreichende Kompetenzen an die Schulen zurück verlagert. Damit sollte es diesen städtischen Einrichtungen in hervorragender Weise gelingen, den Zukunftsherausforderungen gerecht zu werden.

Vielleicht sollten wir das Thema Budgetierung auch in einem anderen Zusammenhang denken: Nämlich wenn es um die Ortschaften geht. Wäre es nicht auch hier sinnvoll, den Ortschaften zur Erledigung bestimmter Aufgaben ein Budget einzurichten? Wir bitten die Verwaltung, uns hierzu Vorschläge zu unterbreiten.

Leider gelingt es uns bei einem weiteren wichtigen Punkt bislang nicht, wichtige Herausforderungen zu meistern: Nämlich bei der Energieeinsparung. Trotz Ausbau des Energiemanagements und Beauftragung der KEA steigen die Kosten für Beleuchtung/ Wasser von 409 T in 2013 über 462 T in 2014 auf nun 472 T €. Und bei den Heizkosten gehen Sie ebenfalls von einer Kostensteigerung um nahezu 15 % auf 568 T € aus. Wir bitten Sie, uns diese Steigerungen zu erläutern.

Auch die Kosten für die Straßenbeleuchtung steigen von 2013 nach 2014 und nun nach 2015 um jeweils 25.000 €. Eine jährliche Kostensteigerung von 10 % ist in unseren Lieferverträgen nicht enthalten. Hatten wir nicht ein groß angelegtes Programm zum Austausch von energieintensiven Straßenlampen durch LED-Technik angesetzt, um einen möglichst gegenläufigen Effekt zu erzielen? Auch hier bitten wir Sie, uns diesen Widerspruch zu erklären.

Beim Winterdienst sind wir der Auffassung, dass der Planansatz um 50 T € reduziert werden sollte: Der 5-monatige Winter 2013 verursachte Kosten in Höhe von knapp 450 T €, was schwer zu toppen sein dürfte. Wir beantragen deshalb, den **Ansatz auf 470 T € zu reduzieren**.

Zum Abschluss bedanken wir uns noch bei allen Beschäftigten der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben für das große Engagement im auslaufenden Ellwanger Jubiläumsjahr. Ohne diesen weit über das zu Erwartende hinaus gehenden Einsatz wäre die Vielzahl der Veranstaltungen mit den insgesamt vielen tausend Besucherinnen und Besuchern nicht zu stemmen gewesen.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.